

Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht

*Dr. Kaufmann,*

*Heinz*

Jahrgang

bis

vom

Landesarchiv Berlin  
B Rep. 057-01

Nr.: **1592**

*1AR(RSHA) 37/64*



Günther Nickel  
Berlin SO 36

*P<sub>K</sub> 14*

*1/a.*

Beizakte:

3 SpL 5 272/48 = (Sp. 55 3218/48) gehr. gem. v. v. 15/4 (Bl. 46)  
5

1

Personalien:

Name: . Dr. Heinz Kaufmann . . . . .  
geb. am . 30.12.1905 . . . . . in . Leipzig . . . . .  
wohnhaft in Dortmund, Am Kappenberg 114 . . . . .  
Jetziger Beruf: . *Angestellter* . . . . .  
Letzter Dienstgrad: *Obersturmbauführer* . . . . .

Beförderungen:

am . . . . . zum . . . . .  
am . . . . . zum . . . . .  
am . . . . . zum . . . . .  
am . . . 1.7.1940 . . . . . zum . Stufaf. . . . .  
am . . . 30.1.1943 . . . . . zum . O'Stufaf. . . . .  
am . . . . . zum . . . . .

Kurzer Lebenslauf:

von 1911 . . . . . bis 1935 Volksschule, Gymnasium, Studium  
von . . . . . bis . . . . . der Rechtswissenschaften, Referen-  
von . . . . . bis . . . . . dar, Staatsprüfung,  
von . 30.9.1935 . . . . . bis *31.10.1938* Gestapa, Sachsen. (Dresden). .  
von . *1.11.1939* . . . . . bis *30.6.1941* Stapoleitstelle Plauen.  
von . *1.7.1941* . . . . . bis *1945* Hauptamt der Sipd Berlin-*II*-  
von . . . . . bis . . . . . (Organisation u. Verwaltung)  
von . . . . . bis . . . . . Ref. *II* 173, später *II* B4 . . .

Spruchkammerverfahren: *Hiddesen* , Ja/nein

Akt.Z.: . *Sp. Ss. 3218/48* . . . . . Ausgew. Bl.: . . . . .  
*(787)*

2

Bereits gegen den Beschuldigten anhängig gewesene Verfahren:

Aktenzeichen: . . . . . Ausgew.Bl.:. . . . .

Aktenzeichen: . . . . . Ausgew.Bl.:. . . . .

Aktenzeichen: . . . . . Ausgew.Bl.:. . . . .

Aktenzeichen: . . . . . Ausgew.Bl.:. . . . .

Als Zeuge bereits gehört in:

Aktenzeichen: . . . . . Ausgew.Bl.:. . . . .

Aktenzeichen: . . . . . Ausgew.Bl.:. . . . .

Aktenzeichen: . . . . . Ausgew.Bl.:. . . . .

Aktenzeichen: . . . . . Ausgew.Bl.:. . . . .

Aktenzeichen: . . . . . Ausgew.Bl.:. . . . .

Aktenzeichen: . . . . . Ausgew.Bl.:. . . . .

Aktenzeichen: . . . . . Ausgew.Bl.:. . . . .

Aktenzeichen: . . . . . Ausgew.Bl.:. . . . .

Erwähnt von:

	Name	Aktenzeichen	Ausgew.Bl.
1)	. . . . .	. . . . .	. . . . .
2)	. . . . .	. . . . .	. . . . .
3)	. . . . .	. . . . .	. . . . .
4)	. . . . .	. . . . .	. . . . .
5)	. . . . .	. . . . .	. . . . .
6)	. . . . .	. . . . .	. . . . .
7)	. . . . .	. . . . .	. . . . .
8)	. . . . .	. . . . .	. . . . .
9)	. . . . .	. . . . .	. . . . .
10)	. . . . .	. . . . .	. . . . .

PK 14

3

Dr. Kaufmann

Heinz

30.12.05 Leipzig

(Name)

(Vorname)

(Geburtsdatum)

Aufenthaltsermittlungen:

1. Allgemeine Listen

Enthalten in Liste ..... K 1 ..... unter Ziffer ..... 14 .....

Ergebnis negativ - verstorben - wohnt ..... 1943 ..... in  
(Jahr)  
Berlin, Perlebergstr.3

1957: Dortmund, Pr.Friedrich-Karls-Straße 22

Lt. Mitteilung von SK ....., ZSt, WAST, BfA.

2. Gezielte Ersuchen (Erläuterungen umseitig vermerken)

a) am: 25.5.64 an: **PP.** Dortmund Antwort eingegangen: **3. JUNI 1964**

b) am:                    an:                    Antwort eingegangen:

c) am:                    an:                    Antwort eingegangen:

3. Endgültiges Ergebnis:

a) Gesuchte Person wohnt lt. Aufenthaltsnachweis  
vom .1.6.1964..... in ,,,,,,,Am Kappenberg,,114

.....  
.....

b) Gesuchte Person ist lt. Mitteilung .....

vom ..... verstorben am: .....

in .....

Az.: .....

c) Gesuchte Person konnte nicht ermittelt werden.



4

Der Polizeipräsident in Berlin  
I 1 - KJ 1 - 1600/63

1 Berlin 42, den 25. Mai 1964  
Tempelhofer Damm 1 - 7  
Fernruf: 66 0017, App. 25 58

An den  
Herrn Polizeipräsidenten  
- 14.K -  
46 Dortmund  
Hohe Straße 128

Der Polizeipräsident in Dortmund  
- 14. K. -  
30. MA) 1964  
Tsg. Nr. 41042164

He. Blitz  
1.6.58

Betrifft: Vorermittlungen gegen ehemalige Angehörige des  
RSHA wegen Mordes - NSG -  
(GStA bei dem Kammergericht Berlin - 1 AR 123/63)  
hier: Aufenthaltsermittlung

Für das o.a. Ermittlungsverfahren ist die Feststellung des jetzi-  
gen Aufenthaltes, der gegenwärtigen Wohnanschrift bzw. des Schick-  
sals der nachgenannten Person erforderlich:

..... Dr. Kaufmann (Name)	..... Heinz (Vorname)
..... 30.12.05 Leipzig (Geburtstag, -ort, -kreis)	..... Dortmund, Pr. Friedr. Karl-Str. 22 (letzte bekannte Anschrift)

Bemerkungen:

Es wird gebeten, unter Berücksichtigung aller in Betracht kommen-  
den Unterlagen (Einwohnermeldeamt, Standesamt, kriminalpolizeiliche  
Karteien u.a.) entsprechende Ermittlungen durchzuführen.

Im Auftrage  
*Mahlow*  
(Mahlow) KOK

Ke/Ma

Dortmund, den 1.6.1964

Feststellungsergebnis:

Die Personalien der gesuchten Person treffen zu -  
~~lauten richtig:~~

Die gesuchte Person ist ~~war~~ - wohnhaft und polizeilich gemeldet:  
Dortmund, Am Knappenberg 114, seit dem 3.12.1962.

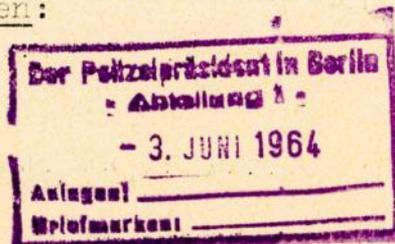
~~ist verzogen am~~ nach

~~Rückmeldung liegt nicht vor.~~

~~Die gesuchte Person ist verstorben am~~ in  
~~beurkundet beim Standesamt~~ Reg.-Hr.

~~Die gesuchte Person ist vermisst seit~~  
~~Todeserklärung durch AG~~  
~~am~~ AZ.

Sonstige Bemerkungen:



An den

Polizeipräsidenten in Berlin  
Abt. I - I 1 - KJ 2 -

1000 B e r l i n 42  
Tempelhofer Damm 1 - 7

nach Erledigung im Sinne dortigen Ersuchens zurückgesandt.

Im Auftrage:

*Mewe*  
(10WS)  
Krim.-Hauptkommissar

Interrogation-Nr. 921 A

Auf Veranlassung von:

Mr. WALTON and  
Mr. GLANCY  
SS-Division

Vernehmung des Heinz KAUFMANN  
am 21. Maerz 1947, von 14.30 - 15.00 Uhr

durch Mister: MARTENBERG  
Stenographin: Merg. PORTZKY

1. Fr. Wie heissen Sie?

A. KAUFMANN.

2. Fr. Ihren Vornamen?

A. Heinz.

3. Fr. Erheben Sie die rechte Hand und sprechen Sie den Eid nach:

"Ich schwore bei Gott dem Allmaechtigen, dass ich die reine  
Wahrheit sagen werde, nichts hinzufuege und nichts verschwei-  
ge, so wahr mir Gott helfe."

4. Fr. Sie waren beim Sicherheitshauptamt taetig?

A. Genau genommen nannte es sich Hauptamtsicherheitspolizei.

5. Fr. Von Wann bis wann?

A. Ich bin mit Wirkung vom 1.7.1941 versetzt worden, aber erst am 21.7.41  
den Dienst angetreten.

6. Fr. Welche Abteilung?

A. Rechtsabteilung.

7. Fr. Wann sind Sie geboren?

A. Am 30. 12. 1905..

8. Fr. Wo sind Sie zur Schule gegangen?

A. In Chemnitz.

2823

6

9.Fr. Von wann bis wann?

A. Von 1912 bis 1916 bin ich zur Volksschule gegangen. Und von 1916 bis 1925 habe ich das Gymnasium besucht.

10.Fr. Haben Sie Abitur gemacht?

A. Ja.

11.Fr. Wo?

A. In Chemnitz.

2824

12.Fr. Wie geht Ihre Laufbahn weiter?

A. Ich habe Rechtswissenschaft in Muenchen, Rostock und Leipzig studiert. Habe das erste Examen in Leipzig abgelegt; zuerst das juristische Staatsexamen am 11.6.1928, dann war ich Referendar ab 1.7.1928. Zunaechst drei Jahre, dann habe ich 14 Tage ausgesetzt, kam dann nach Sachsen, es gab dort ein Madenvierteljahr, sogenannter Unterhaltszuschuss, den kriegten wir in diesem 1/4 Jahr. Ich machte dieses Vierteljahr weiter als Assistent bis 5.12.1931.

13.Fr. Wie geht Ihre Laufbahn weiter?

A. Ich wurde angestellt beim saechsischen Innenministerium fuer den saechsischen Dienst. Am 1.3.1932 war ich beim Hauptamt Innenwirtschaft in Loebau, als Assessor. Dort bin ich 9 Monate gewesen bis 30.11.1932. Wurde dann versetzt nach Dresden zu dieser damals eingerichteten Reichsbehoerde Kommissar fuer sonstige Hilfe. Dort bin ich bis zur Aufloesung am 30.9.1935 beschaeftigt gewesen. Ich hatte am 3.9.1935 geheiratet, wusste bereits, dass die Landesstelle aufgeloeset wurde, hatte aber keinen Bescheid, wohin ich versetzt werden sollte. Der persoenliche Referent im saechsischen Innenministerium, Dr. KAESTNER, schrieb an mich und fragte bei mir an, ob ich an die Hauptamtstelle in Bauzen wollte. Daraufhin bat ich um hinzukommen. Als ich nach Dresden zurueckkehrte wurde das mir zugesagt und bin dann mit meiner Frau nach Dresden zur Wohnungssuche gegangen. Danach kriegte ich den Bescheid, ich sollte an das Geheime Staatspolizei-Sicherheitsamt kommen.

7

14. Fr. Wo?

A. In Dresden. - Ich hatte die Absicht wieder wegzugehen, aber leider blieben meine Versuche erfolglos. Praesident SCHLEGEL war sozusagen der Chef, er starb und sein Nachfolger war ein Regierungsrat und SS-Gruppenfuehrer namens KOPPE. Er bat mich, zunaechst noch zu bleiben. Damals wurde die Staatspolizei Reichsbehoerde und wir wurden Reichsbeamte. Ich wurde am 1.11.1939 nach Plauen versetzt, als Leiter der dortigen Dienststelle. Dort bin ich bis zur Aufloesung geblieben. Inzwischen war ich 4 Monate beim Militaer.

15. Fr. Bei welcher Einheit?

A. 513. Inf. Regnt. Ende Sept. kehrte ich wieder zurueck nach Plauen zur Dienststelle, habe die geleitet bis 30.6.1941, da wurde diese dann aufgeloeset.

16. Fr. Wo kamen Sie dann hin?

A. An das Reichssicherungshauptamt.

2825

17. Fr. Das Hauptamt Sicherheitspolizei, reihte sich in das Reichssicherungshauptamt ein?

A. HUSTLER war der Chef der deutschen Polizei und hatte seine Ordnungs- und Sicherheitspolizei in zwei Sparten gegliedert. Diese waren ein Hauptamt im Reichsministerium des Innern.

18. Fr. Sie gehoerten innerhalb des Reichssicherheitshauptamtes zur Abt. IV?

A. Nein, Abteilung II - Verwaltung und Recht.

19. Fr. Welche Unterabteilung hatten Sie?

A. Das Amt war in zwei Gruppen eingeteilt, es gab A, B, und C. Ich war unter Gruppe A urspruenglich. Als ich hinkam, war das mein Referat II a III, Rechtsabteilung juristischer Referent.

20. Fr. Haben Sie etwas mit der Bearbeitung der Einsatzbefehle zu tun gehabt? Wer hat die bearbeitet?

A. Das kann ich nicht sagen. Das muss in I geschehen sein bei TRECKEN-  
BACH.

8

21.Fr. Die Befehle wohl kaum, die Zuteilung von Personal, ja?

A. Ich bin nicht unterrichtet davon.

22.Fr. SPACIL war Ihr Chef?

A. Ja.

23.Fr. Und wer war vorher?

A. Als ich hinkam war offiziell Dr. NÖCKERMANN, er war aber nicht anwesend. Damals hatte er seine Frau durch einen Verkehrsunfall tot gefahren und da hatte man ihn beurlaubt. Er war bei der Waffen-SS und ist später gefallen. Sein Stellvertreter war Dr. SIEGERT, nachdem kam PRICKEL, der nicht lange da gewesen ist.

24.Fr. Danach?

A. Kam SPACIL.

2826

25.Fr. Wann ist SPACIL angekommen?

A. Es muss so anfangs 1944 gewesen sein.

26.Fr. Nun die Abteilung II hat sich viel mit Verwaltungsfragen beschäftigt?

A. Ja.

27.Fr. Haben Sie auch etwas mit der Verwaltung zu tun gehabt?

A. Meine Tätigkeit bestand in der Hauptsache in der finanziellen Auseinandersetzung zwischen dem Reich, soweit es die Sicherheitspolizei betraf.

28.Fr. Wie ist es mit den Wertsachen, die von den Einsatzgruppen an das Amt II geschickt worden sind?

A. Davon bin ich nicht unterrichtet, ich habe nie damit was zu tun gehabt.

29.Fr. Kennen Sie die Einsatzgruppen?

A. Nein, ich weiss, dass Einsatzgruppen bestanden haben und dass es Einsatzkommandos gab.

30.Fr. Was wissen Sie ueber die Mission der Einsatzgruppen?

A. Davon bin ich nicht unterrichtet.

31. Fr. Haben Sie die spaeter kennengelernt, z.B. als Juden und Kommunisten abzumurken. Das ist meine feststehende Tatsache, die im Augenblick eine Rolle spielt. Mich interessieren aber nun diese Einsatzkommandos und Gruppen, die erhielten von den Executionen Wertsachen. Und diese Wertsachen, die von den umgebrachten Personen ankamen, wenn sie richtig verwaltet werden sind, gingen an das Amt II des Reichssicherheitshauptamtes. Was koennen Sie mir davon erzaehlen?

A. Das ist mir nicht bekannt. Persoenlich habe ich mit dieser Materie nichts zu tun gehabt, nur mit den Verkehrsunfaellen.

32. Fr. Nur Ungluecksfaelle?

A. Ja, ich hatte alle rechtlichen Auseinandersetzungen zwischen der Sicherheitspolizei und den eigenen Beamten. Mein Arbeitsgebiet war, auftretende Unklarheiten in dieser Hinsicht zu bearbeiten.

33. Fr. Wer hat die Verwaltungssachen bearbeitet, wie in diesem obig geschilderten Fall?

A. Vielleicht BERGMANN in meiner Gruppe, wir waren zuletzt nur zwei Referenten in dieser Gruppe. Ich weiss nicht, ob es in unserer Gruppe bearbeitet worden ist.

34. Fr. Welche Gruppe koennte das bearbeitet haben?

A. Ich moechte annehmen, wenn es nicht die Gruppe A, oder spaeter die Gruppe B gewesen ist, vielleicht war es die Technische Gruppe.

35. Fr. Wer hatte die Technische Gruppe?

A. Die Technische Gruppe hatte RAUFF.

36. Fr. Ist Ihnen ein Name BECHER oder BECKER bekannt, durch auffallende rote Haare?

A. Nein, den Namen habe ich auch nicht gehoert.

37. Fr. Was wissen Sie ueber die Technische Gruppe?

A. Der Technischen Gruppe unterstand das gesamte Kraftverkehrswesen unter Leitung des PRALL.

2827



*AA*

Berlin Document Center,  
U.S. Mission Berlin  
APO 742, U.S. Forces

Date: 8.7.63

**URGENT**

It is requested that your records on the following named person be checked:

Name: Dr. Kaufmann, Heinz  
 Place of birth: 30.12.1905 Leipzig  
 Date of birth: 30.12.1905 Leipzig  
 Occupation: SS-Obersturmbannführer u. Oberregierungsrat  
 Present address: II B 4  
 Other information: II B 4

**1193156**

It is understood that the requested information will be supplied at cost to this organization, and that payment will be made when billing is received.

\_\_\_\_\_  
(Telephone No.)

\_\_\_\_\_  
(Signature)

(This space will be filled in by the Berlin Document Center)

	Pos.	Neg.		Pos.	Neg.		Pos.	Neg.
1. NSDAP Master File	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	7. SA	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	13. NS-Lehrerbund	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
2. Applications	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	8. OPG	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	14. Reichsaerztekammer	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
3. PK	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	9. RWA	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	15. Party Census	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
4. SS Officers	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	10. EWZ	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	16.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
5. RUSHA	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	11. Kulturkammer	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	17.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
6. Other SS Records	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	12. Volksgerichtshof	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	18.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

For explanation of abbreviations and terms, see other side.

War nach dem GVPl 1943 Leiter des Referats II B 4

1) Unterlagen ausgewertet - Filokop. angef.

2) Anfrage über STF Baum v. 17. 8. 62

3) Tel. Buch RS HH - Seite 13 n. Bef. Bl. SD 26/41 n. 51/42

*V* 17/7. 63

14

## Explanation of Abbreviations and Terms

2. NSDAP membership applicants
3. PK - Partei Korrespondenz (Party Membership Correspondence - files, etc.)
4. SS Officers - Service Records
5. RUSHA - Rasse - und Siedlungshauptamt (SS racial records of those married and marriage applicants)
6. Non-Officer SS, applicants for SS membership, racial records, police members
8. OPG - Oberstes Parteigericht (Supreme Party Court)
9. RWA - Ruckwandereramt (German returnees)
10. EWZ - Einwandererzentrale (Ethnic Germans' immigration and naturalization records)
12. Volksgerichtshof (People's Court)
15. Party census of Berlin 1939

Mitglieds Nr. 824859 Vor- und Zuname

Kaufmann Ginz

1290

Geboren 30. 11. 05 Ort Leipzig

Beruf ~~Offizier~~ Ledig, verheiratet, verw.

Eingetreten 1. 12. 31

Ausgetreten ~~ab. v. S. v. 15. 1. 33 in P.~~

Wiedereingetr. ~~fr. April 33~~

~~RW-z. Sa. 6. 35~~

~~Wohnung Chemnitz~~

~~Ortsgr. Gau Sachsen~~

~~Abt. März 32. Ga. nach:~~

~~Wohnung L.~~

~~Ortsgr. Lobau Gau Sachsen~~

~~fr. 11. Abt. April 33. Ga. nach~~

Ga.

~~Wohnung P. Pfefferwitzerstr. 44  
1. 36. 190.~~

~~Ortsgr. Gresten Gau Sachsen~~

~~Sa. 12/39/45~~

~~Wohnung P. Rehnstraße 74~~

~~Ortsgr. Thum Gau Sachsen~~

~~Sa. 4/43/139~~

~~Wohnung Teltowstr. 42, Pöhlbergstr. 3~~

~~Ortsgr. Berlin Gau Berlin~~

~~Braunes Haus 8. 43/4~~

~~Wohnung Berlin NW 21 Pöhlbergstr. 3~~

~~Ortsgr. Braunes Haus Gau B.L.~~

~~Wohnung~~

Dienstgrad	Bef.-Dat.	Dienststellung	von	bis	h'amtl.	Eintritt in die //:		Dienststellung	von	bis	h'amtl.
U' Stuf.		S.D.H.Amt Reichsarchiv-Amt	1.7.40-			358719 24859 30.12.05					
O' Stuf.			1.7.40-			Dr. Heinz Kaufmann					
Hpt' Stuf.						Größe: 1,08      Geburtsort: Leipzig					
Stubaf.	1.7.40.										
O' Stubaf.	30.1.43.					//-J.R. Winkelträger:	SA-Sportabzeichen Olympia				
Staf.						Coburger Abzeichen	Reiter Sportabzeichen Fahradabzeichen				
Oberf.						Blutorden Gold. HJ-Abzeichen	Reichsportabzeichen D. L. R. G.				
Beif.						Gold. Parteiabzeichen Gaukreuzabzeichen	//-Leistungsabzeichen				
Gruf.						Totenkopfting	D. A. d. NSDAP.				
O' Gruf.						Ehrendegen					
						Julleuchter					

Zivilstrafen:	Familienstand: v.h. 3.9.35		Beruf: Beamter erlernt		B. Reg. Rat jetzt		Parteitätigkeit:		
	Ehefrau: Margot Herbert Mädchenname      Geburtstag und -ort		Arbeitgeber: Stapo Dresden						
//-Strafen:	Parteiangehörigkeit: Tätigkeit in Partei: M.S.F., M.S.V.		Volksschule 3Kn. Fach- od. Gew.-Schule Handelschule		Höhere Schule Abi Technikum Hochschule		Stellung im Staat (Gemeinde, Behörde, Polizei, Industrie):		
	Religion: ev. gottgl. R. A. 21.12.37		Fachrichtung: Jura		Hochschule Sem. Reg. Ex. 25 Ass. Ex. 31 Dt. Ex. 34				
Kinder:			Nationalpol. Erziehungsanstalt für Kinder:		Ahnennachweis:		Lebensborn:		
1. 10.7.44		4. 1.25.7.38		3. 4.		5. 6.		2. 3. 4.	
2.		5.		2.		5.			
3.		6.		3.		6.			

<p>Freikorps: von bis</p> <p>Stahlhelm:</p> <p>Jungdo:</p> <p>FD:</p> <p>SA: 19.33 - 19.36</p> <p>SA-Ref.:</p> <p>NSKK:</p> <p>NSFK:</p> <p>Ordensburgen:</p> <p>Arbeitsdienst:</p>	<p>Alte Armee:</p> <p>Front:</p> <p>Dienstgrad:</p> <p>Gefangenschaft:</p> <p>Orden und Ehrenzeichen: K.V. K.V. E.K.L. (41)</p> <p>Derw.-Abzeichen:</p> <p>Kriegsbeschädigt %:</p>	<p>Auslandstätigkeit:</p> <p>Deutsche Kolonien:</p> <p>Besond. sportl. Leistungen:</p>
<p>ff-Schulen: von bis</p> <p>Tölz</p> <p>Braunschweig</p> <p>Berne</p> <p>Sorft</p> <p>Bernau</p> <p>Dachau</p>	<p>Reichswehr:</p> <p>Polizei:</p> <p>Dienstgrad:</p> <p>Reichsheer: 12.6. - 19.8.35 Erg Batl. 2+ 7.10. - 30.11.35</p> <p>Dienstgrad: R. O. A. Gefr.</p>	<p>Aufmärche:</p> <p>Sonstiges:</p>

14

# N. u. S. = Fragebogen

(Von Frauen sinngemäß auszufüllen.)

Name und Vorname des H.-Angehörigen, der für sich oder seine Braut oder Ehefrau den Fragebogen einreicht:

15

Dienstgrad: ..... H.-Nr. ....

Sip. Nr. .... Der SD-Führer  
des // - Oberabschnittes Elbe

Name (lesterlich schreiben): K a u f m a n n

in H seit ..... Dienstgrad: ..... H.-Einheit: .....

in SA von Oktober 33 bis Oktober 36, in HJ von ..... bis .....

Mitglieds - Nummer in Partei: 824 859 in H: .....

geb. am 30.12.1905 zu Leipzig Kreis: .....

Land: Sachsen jetzt Alter: 33 Jahre Glaubensbekenntnis: ./.

Jetziger Wohnsitz: Dresden - A.20 Wohnung: Zschertnitzer Str. 41

Beruf und Berufsstellung: Regierungsrat (Dr. jur.), Abt.-Leiter b. Stapoleitst. Dresden

Wird öffentliche Unterstützung in Anspruch genommen? nein

Liegt Berufswechsel vor? nein

Außerberufliche Fertigkeiten und Berechtigungscheine (z. B. Führerschein, Sportabzeichen, Sportauszeichnung):

D. R. - Sportabz. in Br. u. Si., SA-Sportabz. in Br.

Staatsangehörigkeit: Deutsches Reich

Ehrenamtliche Tätigkeit: .....

Dienst im alten Heer: Truppe ..... von ..... bis .....

Freikorps ..... von ..... bis .....

Reichswehr ..... von ..... bis .....

Schutzpolizei ..... von ..... bis .....

Neue Wehrmacht . . . Infanterie (Erg.) von 12.6.35 bis 10.8.35

" 7.10.35 " 30.11.35

Letzter Dienstgrad: Gefr. d. Res. (R.O.A.)

Frontkämpfer: ..... bis ..... ; verwundet: .....

Orden und Ehrenabzeichen, einschl. Rettungsmedaille: .....

Persönlichkeitsstand (ledig, verwitwet, geschieden - seit wann): verh. s. 3.9.1935.

Welcher Konfession ist der Antragsteller? gottgläubig die zukünftige Braut (Ehefrau)? gottgläubig  
(Als Konfession wird auch außer dem herkömmlichen jedes andere gottgläubige Bekenntnis angesehen.)

Ist neben der standesamtlichen Trauung eine kirchliche Trauung vorgesehen? Ja - nein.

Hat neben der standesamtlichen Trauung eine kirchliche Trauung stattgefunden? Ja - nein.

Gegebenenfalls nach welcher konfessionellen Form? ev.-luth.

Ist Ehestands - Darlehen beantragt worden? Ja - nein.

Bei welcher Behörde (genaue Anschrift)? ./.

Wann wurde der Antrag gestellt? .....

Wurde das Ehestands - Darlehen bewilligt? Ja - nein.

Soll das Ehestands - Darlehen beantragt werden? Ja - nein.

Bei welcher Behörde (genaue Anschrift)? .....

Hefttrand

# Lebenslauf:

(Ausführlich und eigenhändig mit Tinte geschrieben.)

16

Am 30. 12. 1905 wurde ich als erstes Kind des Kaufmanns  
 Otto Kaufmann und seiner Frau Frau Margarete Joh. geb. Fischer  
 in Leipzig geboren. 1909 bis 1910 wurde ich nach Ucker  
 in Gommern Volksschule. In dieser Stadt befinde ich mich 1912  
 bis 1916 in Ucker Volksschule, von 1916 bis 1925 in  
 (Gommern) Volksschule. Die Volksschule beendete ich  
 in Ucker, Rospitz und Leipzig. In Rospitz wurde ich  
 und lagte am 11. 6. 1928 in Ucker jüdische Volksschule ab.  
 Von Juli 1928 bis Oktober 1931 war ich als Referent in  
 Vorbereitung Dienst in Gommern, Leipzig-Ucker und Leip-  
 zig (Sa.) tätig. Am 5. 12. 1931 beendete ich meine jüdische  
 Volksschule. 1932 war ich als Lehrling in Ucker bei der  
 Bau-Kaufmannschaft tätig. Danach wurde ich zum  
 Grundstücksbesitzer, nach dem Erlöschen (30. 9. 1935) zum  
 jüdischen Volkspolizisten Rospitz ernannt. Bei dieser Gelegenheit,  
 die jüdische Volkspolizei Ucker Rospitz, bin ich gegen-  
 wärtig noch tätig. Am 7. 7. 1934 wurde ich zum Regierungs-  
 Rat, am 10. 8. 1936 zum Regierungsrat ernannt. 1937 wurde ich  
 als Ucker-Rat. - Am 31. 3. 1929 erkrankte meine Mutter  
 • meine Leinwand, am 3. 9. 1935 beendete ich mit Heirat  
 meines Sa. Frau, am 25. 7. 1938 habe meine Frau ein  
 Kind, Tochter geb. - Politisch war ich aus eigenen  
 Überzeugung und auch die deutsche Regierung hat völlig ein-  
 gefallen von 1924 an habe ich je Ucker zugehörig jüdisch-  
 jüdische Gedichte geschrieben, die in Ucker Ucker Ucker  
 veröffentlicht wurden. Seit dem 1. 12. 1931 bin ich Personalrat,  
 ab Oktober 1933 bis Oktober 1936 in Ucker in Sa. SA an.  
 - Besonders habe ich mich jederzeit betätigt. Ich war Mitglied  
 in Ucker Ucker - und Ucker Ucker, ab 1932 bei Ucker Ucker  
 Ucker in Ucker, 1935 bei SA Ucker Ucker in Ucker  
 und 1938 bei Ucker Ucker in Ucker.

Gefirand

Raum zum Aufleben der Lichtbilder.

17



Defranb

Raum zum Aufleben der Lichtbilder.



Gefranb

Nr. 2 Name des leiblichen Vaters: Kaufmann Vorname: Otto  
Beruf: Kaufmann Jegiges Alter: ./.. Sterbealter: 54 Jahre  
Todesursache: Herzschwäche (Kriegsleiden)  
Überstandene Krankheiten: Ausser Kriegsleiden nichts bekannt.

Nr. 3 Geburtsname der Mutter: Ficker Vorname: Margaretha  
Jegiges Alter: 55 Jahre Sterbealter: ./..  
Todesursache: ./..  
Überstandene Krankheiten: ./..

Nr. 4 Großvater väterl. Name: Kaufmann Vorname: Friedrich  
Beruf: Gastwirt Jegiges Alter: ./.. Sterbealter: 51 Jahre  
Todesursache: Hirnlähmung  
Überstandene Krankheiten: ./..

Nr. 5 Großmutter väterl. Name: Heinrich Vorname: Emilie  
Jegiges Alter: ./.. Sterbealter: 65 Jahre  
Todesursache: Altersschwäche  
Überstandene Krankheiten: ./..

Nr. 6 Großvater mütterl. Name: Ficker Vorname: Louis  
Beruf: Bahnbeamter Jegiges Alter: ./.. Sterbealter: 60 Jahre  
Todesursache: unbekannt  
Überstandene Krankheiten: ./..

Nr. 7 Großmutter mütterl. Name: Müller Vorname: Friedericke  
Jegiges Alter: ./.. Sterbealter: ./.. 65 Jahre  
Todesursache: Grippe  
Überstandene Krankheiten: ./..

a) Ich versichere hiermit, daß ich vorstehende Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht habe.

b) Ich bin mir bewußt, daß wissentlich falsche Angaben den Ausschluß aus der H nach sich ziehen.

Dresden, den 25. Mai 1939.  
(Ort) (Datum)

A. Heinz-Waigmann  
(Unterschrift)

Die Unterschrift der zukünftigen Ehefrau bezieht sich nur auf Punkt a





Berlin, den 22 Dez 1942

21

Amtschef:        //-Gruppenführer Streckenbach  
 Gruppenleiter: //-Brigadeführer Schulz  
 Referent:       //-Sturmbannführer Schwinge i.v.  
 Hilfsreferent: //Sturmbannführer Lopass

Summe	Empfang
	12 JAN 1943

Betr.: Beförderung des //Sturmbannführers Dr. Heinz Kaufmann,  
 //Nr.: 358.719, zum //Obersturmbannführer.

I. Vermerk: Es wird vorgeschlagen, //Sturmbannführer Dr. Kaufmann gem.  
 Erl. v. 1.7.1941 mit Wirkung vom 30.1.1943 zum //Obersturmbannführer zu befördern.

//Sturmbannführer Dr. Kaufmann wurde am 9.10.1942 zum Oberregierungsrat ernannt.

Pg.-seit:                                    1.12.1931 - Pg-Nr.: 824.859  
// seit:                                    7.12.1938 - // -Nr.: 358.719  
SA seit:                                    Oktober 1933 bis Okt. 1936  
Alter: 37 Jahre - ggl. - verh. seit: 3.9.1935  
Alter der Ehefrau:                    32 Jahre - Kinder: 1.  
   Ursula-Ingrid, geb.: 25.7.1938  
Sportabzeichen:                        SA-Wehrabzeichen, DRA.  
Letzte Beförderung:                    1.7.1940  
Dienststellung:                        Oberregierungsrat beim Amt II  
   im RSHA.

//Sturmbannführer Dr. Kaufmann studierte Rechtswissenschaften und bestand am 11.6.1928 das 1. juristische Staatsexamen.

Vom 1.7.1928 bis 30.6.1931 leistete er bei verschiedenen Amts- und Landgerichten den juristischen Vorbereitungsdienst ab und legte am 5.12.1931 die große Staatsprüfung ab. Am 1.3.1932 wurde //Sturmbannführer Dr. Kaufmann in den sächsischen Staatsdienst übernommen und wurde am 1.1.1934 zum Regierungs-Assessor ernannt.

Am 1.10.1935 wurde //Sturmbannführer Dr. Kaufmann zum Geheimen Staatspolizeiamt Sachsen und nach dessen Auflösung zur Staatspolizeileitstelle Dresden versetzt.

Am 20.4.1936 erfolgte die Ernennung zum Regierungsrat, am 9.10.1942 die zum Oberregierungsrat.

Am 20.4.1936 erwarb sich  $\text{H}$ -Sturmbannführer Dr. Kaufmann den Titel eines Dr. der Rechte.

Mit Wirkung vom 1.11.1939 wurde er als Leiter zur Staatspolizeistelle in Plauen und mit Wirkung vom 1.7.1941 zum Reichssicherheitshauptamt, Amt II, versetzt.

Vom 12.6.1935 bis 10.8.1935 und vom 7.10.1935 bis 30.11.1935 leistete Dr. K. militärische Übungen ab. Er hat den Dienstgrad Gefreiter und ROA inne. Z.Zt. ist er für die Sicherheitspolizei uk-gestellt.

$\text{H}$ -Sturmbannführer Dr. Kaufmann wird gut beurteilt. Er besitzt umfassende juristische Kenntnisse, hat einen offenen Charakter und ein kameradschaftliches Wesen.

Weltanschaulich ist er gut ausgerichtet. Die Bestimmungen des Erlasses vom 1.7.1941 sind erfüllt.

Es wird vorgeschlagen,  $\text{H}$ -Sturmbannführer, Oberregierungsrat Dr. Kaufmann gem. Erl. v. 1.7.1941 mit Wirkung vom 30.1.1943 zum  $\text{H}$ -Obersturmbannführer zu befördern.

II. An das  $\text{H}$ -Personalhauptamt zwecks Vorlage Reichsführer- $\text{H}$ .

III. Nach Entscheidung zurück an das RSHA - I A 5.

IV. Wv. bei I A 5 a zwecks weiterer Bearbeitung.

I

I A	
I A 5	A 5 a
<i>[Signature]</i>	<i>[Signature]</i>
	Fr/Te.-

23

Zusatz Nr. 664  
JH

Chemnitz, am 17. Oktober 1944.

Zufolge Verlegung meiner Dienststelle ist meine  
Anschrift bis auf weiteres:

(10) Chemnitz, Andréstr.18 III.

*Dr. Kaufmann*

19. Okt. 1944  
III  
II

(Dr. Heinz Kaufmann)

4-Obersturmbannführer.  
4-Nr. 358 719

HEI 17. NOV. 1944  
Hbt. III  
24. NOV. 1944

Lernt Deutschland kennen!

Besucht das Harzgebirge



„Bad Grund (Harz), Klimakurort und Heilbad“  
Erholung und Heilung bei Rheuma, Gicht, Ischias, Frauen-  
leiden durch Moor-, Fichtennadel- u. a. Bäder

Freigegeben durch R.M. — Photo Breuer, Bad Grund — E 11454

Absender: Dr. Heinz Kaufmann

(10) Chemnitz, Andréstr. 18

Wohnort, auch Zustell- oder Leitpostamt

Straße, Haus-Nr., Gebäudeteil, Stockwerk od. Postschließfach-Nr.

Vergiss nicht Straße  
Postkarte  
und Hausnummer  
Nur im Inland zugelassen  
anzugeben.



An das

44-Personelhauptamt

(1) Berlin - Charlottenburg

Wilmsdorfer Str. 98

Straße, Haus-Nr., Gebäudeteil, Stockwerk oder Postschließfach-Nr.

PK 14  
Der Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD.

Berlin, den 2. Juli 1941.

25

I A 2 a Nr. 1103/41.

Abschrift.

Unter Entbindung von Ihren bisherigen Dienstgeschäften versetze ich Sie hiermit von der Staatspolizeistelle Plauen mit Wirkung vom 1.7.1941 zum Reichssicherheitshauptamt (Geheimes Staatspolizeiamt) in Berlin und ordne Sie gleichzeitig zum Hauptamt Sicherheitspolizei zur Dienstleistung beim Amt II bis auf weiteres ab.

Ich ersuche Sie, sich baldmöglichst bei Ihrer neuen Dienststelle zum Dienstantritt zu melden.

An den ~~4~~-Sturmbannführer Regierungsrat Dr. Kaufmann, Staatspolizeistelle in Plauen.

Nachrichtlich

den Amtschefs des Reichssicherheitshauptamtes in Berlin,  
den Inspektoren der Sicherheitspolizei und des SD,  
den Befehlshabern der Sicherheitspolizei und des SD,  
den Staatspolizei(leit)stellen,  
den Kriminalpolizei(leit)stellen,  
den SD(Leit)-Abschnitten

zur gefl. Kenntnisnahme.

gez. H e y d r i c h .

SD-Beitragsschnitt	
11. JULI 1941	
5	0739



Beglaubigt:

*Kupfer*  
Kanzleiangeestellte.

Lp.

V.

1) Vermerk:

Wie sich aus den DC-Unterlagen ergibt, ist Kaufmann am 1.7.1941 zum RSHA gekommen. In dem GVPl v. 1.1.1942 wird er als Ref. Leiter II A 3 geführt. Auch in den Telefonverzeichnissen 1942 und 1943 wird er als Angehöriger des Ref. II A 3 genannt. Nach den GVPl v. 1.1.1942 in Verbindung mit dem GVPl v. 1.3.41 war das Ref. II A 3 mit dem Sachgebiet „Justitiarangelegenheiten, Schadensersatzansprüche“ befaßt.

Nach dem Gesch.VPl. für das Amt II vom 1.10.43 war Kaufmann Ref. Leiter II B 4 (Nachfolge von II A 3, IIC 1 u. II C 2).

Dieses Referat war nunmehr für „Justitiarangelegenheiten, Fehlbestände am öffentlichen Vermögen, - allgemeine-, Entschädigungen, Gebühren und Strafen“ zuständig.

Gegen Dr. Kaufmann ist bei dem LG. Bonn die Voruntersuchungssache 13 UR 6/62 anhängig.

Gegen Kaufmann ist auch das Spruchkammerverfahren 3 Sp Ls 272/48 Hid in der brät. Zone anhängig gewesen.

✓2) Spruchkammerakten 3 Sp Ls 272/48 Hid betreffend Dr. Heinz Kaufmann, vom Leit. OSTa in Bielefeld erfordern.

✓3) Akten 13 UR 6/62 des LG Bonn erfordern mit dem Zusatz: Im Hinderungsfall wird um Mitteilung des gegen Kaufmann - Dr. Heinz Kaufmann, geb. 30. 12. 05 Leipzig, erhobenen Tatvorwurfes, sowie um Übersendung einer Abschrift seiner Vernehmung zum Lebenslauf

insbesondere über die Zeit von 1939 bis 1945 gebeten.

4) 1.IX. 1964

, den 4.8.64

de

geg-6. AUG. 1964 Le  
an 2) 370c } + ab  
3) 370c }

1) Vorübergehende Vffg in 3) wiederholen  
und an Entscheidung erinnern

2) 1. II 1965

14. JAN. 1965  
de

geg 18. JAN. 1965 Le  
an 1) Schb  
gem. Formult. 1 + ab

**Geschäftsstelle  
der Staatsanwaltschaft**  
bei dem Landgericht Bielefeld



**Bielefeld**, den 11. August 1964 27

Postfach: 200  
Fernsprecher: 6 32 41  
Fernschreiber: 0 932 632

Geschäfts-Nr.: 3 Sp Ls 272/48 Hid.

Auf das Schreiben vom .....

4. August 1964

- 1 AR (RSHA) 37/64 -

werden die Akten:

Dr. Heinz Kaufmann

mit der Bitte übersandt, sie nach Gebrauch wieder hierher zurückzugeben.

An  
die Staatsanwaltschaft  
bei dem Kammergericht

*J. Hörmann*  
(Hörmann)  
Justizangestellter

B e r l i n 21

Turmstr. 91

Abteilung I  
I1 - KJ 2

Eingang: 30. MRZ. 1965  
Tgb. Nr.: 76 71/65  
Krim. Kom.: 6  
Sachbearb.: \_\_\_\_\_

2a 31/65

1 AR (RSHA) 37/64

Vfg.

1a) Vernehm.: *Vernehmung Abmischer eines Kollaboranten des 49. Bataillon  
einhergehend im Einverständnis.*

1. Urschriftlich mit Personalheft und BA

dem

Polizeipräsidenten in Berlin  
- Abteilung I -

z.Hd. von Herrn KK Roggentin - o.V.i.A. -

unter Bezugnahme auf die Rücksprache vom 29. Juli 1964  
mit dem Ersuchen um weitere Veranlassung (Vernehmung des  
RSHA-Angehörigen zur Person und zu seiner Tätigkeit im  
RSHA) übersandt.

Berlin 21, den 25. MRZ. 1965  
Turmstraße 91

Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht  
Im Auftrage

*llh*

Erster Staatsanwalt

2. Frist : 2 Monate

I 1 - KI 2

Berlin, den

4. 1965

29

Vermerk:

Von der Spruchkammerakte des *Dr. Heinz Kaufmann*  
Az. *13 - 42/48*, wurden *8* Blatt fotokopiert.

Verbleib:

- a) *8* Blatt Fotokopien im Personalheft, Blatt *30/37*.
- b) Blatt Fotokopien dem Personalheft beigelegt.

*Natus, P.W.*  
.....

Ay

3 Sp. Ls. 272/48

(13-42/48)

*Er 11.10.48  
Kaufmann*

U r t e i l

I n N a m e n d e s R e c h t s!

In dem Spruchgerichtsverfahren gegen den ehemaligen  
Zivilinternierten

Dr. Kaufmann, Heinz Emil, Willy, Kurt

Oberregierungsrat,  
geb. 30.12.1905 in Leipzig,  
wohnhaft in Essen, Gutenbergstr. 61  
<sup>Boer</sup>  
Eh., verheiratet, unbestraft;  
int. vom 14.6.1945 bis 14.6.1948, zuletzt im  
Lager Staumühle,  
Int.-Nr.: 31 G 6 592 885,  
Rang: Gestapobeamter, Oberregierungsrat, u. SS-Ober-  
sturmbannführer,

*Das Urteil ist rechtskräftig.*  
*13.10.48*  
*Justiz-Ober-Inspektor*



hat die 13. Spruchkammer des Spruchgerichts Hildesheim in der  
Sitzung vom 13. Oktober 1948,  
an welcher teilgenommen haben:

Beauftragter Richter S c h r o e d e r  
als Vorsitzender,

Schöffe Fischler Erich H o r n u n g,  
Schöffe Maurerstr. Heinrich H ö n s c h  
als Beisitzer,

Staatsanwalt D r . B e r g e r  
als öffentlicher Ankläger,

Justizangestellter B i e s o l t  
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle,

für Recht erkannt:

Der Angeklagte hat nach dem 1. September 1939 der  
Gestapo und der SS als Obersturmbannführer angehört in Kennt-  
nis, daß diese Organisationen für Handlungen verwendet wurden,  
die nach Art. VI des Statuts des Internationalen Militärge-  
richtshofes für verbrecherisch erklärt worden sind; er wird des-  
halb auf Grund der Verordnung Nr. 69 in Verbindung mit dem  
Würnberger Urteil und dem Kontrollratsgesetz Nr. 10 zu einer  
Gesamtstrafe von

*1 Jahr 3 Monate*  
1 Jahr 3 Monate Gefängnis verurteilt.

Die erkannte Strafe wird durch die seit dem 14.6.45 bis  
zum 14.6.48 erlittene Internierungshaft für verbüßt erklärt.

Der Angeklagte hat die Kosten des Verfahrens zu tragen.

G r ü n d e:

G r ü n d e:

Der Angeklagte studierte in München, Rostock und Leipzig von 1925 bis 1928 Rechts- und Staatswissenschaften und machte 1928 die erste und 1931 die zweite juristische Staatsprüfung. Auf seine Bewerbung für den Dienst der Sächsischen inneren Verwaltung wurde er Anfang März 1932 der Amtshauptmannschaft Löbau zugewiesen. Er war in der Osthilfeentschuldung für die bäuerlichen Betriebe tätig und kam wegen seiner Spezialkenntnisse im Dezember 1932 zum Kommissar für die Osthilfe-Landstelle Dresden. Nach Auflösung dieser Dienststelle Ende September 1935 bewarb er sich um Verwendung bei der Amtshauptmannschaft Bautzen. Er wurde jedoch zum Geheimen Staatspolizeiamt ~~in~~ Sachsen in Dresden abgeordnet und war dort von Anfang Dezember 1935 bis Ende Oktober 1939 als Referent für allgemeine Personal- und Verwaltungsangelegenheiten tätig, und zwar seit 1.4.1936 als Regierungsrat. Am 1.11.1939 wurde er Leiter der Staatspolizeistelle Plauen/Vogtland. Als diese Staatspolizeistelle Ende Juni 1941 aufgelöst wurde, kam er zum Amt II des RSHA in Berlin und wurde im November 1942 Oberregierungsrat. Er war im Amt A 3, das später in B 4 umbenannt wurde, als Leiter der Rechtsabteilung tätig. Er hatte die Regelung außervertraglicher Schadensersatzfälle zu bearbeiten. Derartige Schadensersatzfälle traten u.a. ein durch Verkehrsunfälle der im Einsatz befindlichen Sicherheitspolizei. In diese Tätigkeit fiel auch die Bearbeitung von Schadensersatzansprüchen für unschuldig Festgenommene. So konnte sich der Angeklagte an einen Fall entsinnen, in dem 600.- RM Schadensersatz zu zahlen waren.

Der Angeklagte, der vor dem Kriege zweimal kurzfristige Übungen mitgemacht hatte, war von Juni bis September 1940 bei der Infanterie und dabei 2 Monate zur Besetzung in Frankreich er wurde dann uk-gestellt.

Nachdem der Angeklagte sich vorher nicht politisch betätigt hatte, wurde er am 1.12.1933 Mitglied der NSDAP, ohne jedoch ein Amt innegehabt zu haben. Ferner gehörte er von 1936 - 1941 als einfacher SA-Mann der SA an und schied dann auf seine Bitte aus. Außerdem war der Angeklagte Angehöriger der Allgemeinen SS. 1937/38 - das genaue Datum konnte der Angeklagte nicht angeben - erhielt er ein vorgedrucktes Aufnahmeprotokoll.

Formular, das er nach Ausfüllung einige Zeit später zurückbekam. In der folgenden Zeit mußte er wiederholt Unterlagen, wie Lebenslauf, Ahnenachweis und polizeiliches Führungszugnis, einreichen. Als er Anfang Oktober 1940 nach Beendigung seiner Militärzeit wieder nach Plauen kam, fand er ein Schreiben des Reichsführers SS vor, worin ihm mitgeteilt wurde, daß er ~~militär~~ als Sturmabannführer in die Allgemeine SS aufgenommen war. Nach der unwiderlegten Darstellung des Angeklagten war das Schreiben vom Anfang Juli 1940 datiert. Der Angeklagte erklärte, daß die Aufnahme in die SS höchstwahrscheinlich durch zwei alte SS-Angehörige, die auf der Dienststelle beschäftigt waren, solange hinausgezögert worden war, weil diese nicht wollten, daß er als junger Angehöriger der SS gleich einen derartigen hohen Dienstrang bekam. Ohne aktiven SS-Dienst versehen zu haben, wurde er am 30.1.1943 zum Obersturmbannführer befördert. Er trug auch Uniform. Er war Inhaber des Totenkopfringes.

Im Dezember 1937 trat er mit seiner Ehefrau aus der Kirche aus. Er erklärte, keine besondere Bindung zur evangelischen Kirche gehabt zu haben und außerdem den Austritt deshalb vollzogen zu haben, weil er andererseits keine Beförderungsaussichten hatte. Seit Februar 1948 ist er wieder in der Kirche.

Der Angeklagte erhielt das KVK II. Klasse ohne Schwerter. Seit der Entlassung aus der Internierungshaft (14.6.45 - 14.6.48) ist der Angeklagte in Essen als Bauhilfsarbeiter mit einem monatlichen Nettolohn von 175.- DM beschäftigt.

Der Angeklagte war nach seinen eigenen Angaben mit dem Ideengut des Nationalsozialismus vertraut und kannte dessen Schrifttum sowie die während des Naziregimes erlassenen Gesetze und Verordnungen. So hatte er insbesondere "Mein Kampf", die SS-Leithefte, das Schwarze Korps und die parteiantliche Tagespresse gelesen und kannte das Parteiprogramm und die Nürnberger Rassegesetze.

Dem Angeklagten war die auf rassistischer Grundlage beruhende antisemitische Einstellung der NSDAP und ihrer Gliederungen sowie der von diesen beherrschten staatlichen Einrichtungen bekannt. Über die Maßnahmen auf dem Gebiete der Judenverfolgung war er insbesondere deshalb bestens unterrichtet, weil sich auch bei der Staatspolizeistelle in Plauen ein Judenreferat befand, dessen Aufgabengebiet ihm als Dienststellenleiter

selbstverständlich bekannt war. Er erlebte, wie die Juden aus Wirtschaft und Staatsdienst entfernt wurden, wie sie immer schärferen Einschränkungen unterworfen wurden - sie durften kein Auto und kein Telefon besitzen und mußten ihren Namen Sarah und Israel hinzufügen - und wie gegen sie ein wirtschaftlicher Boykott durchgeführt wurde. Im November 1938 erhielt die Staatspolizeileitstelle Dresden von Berlin ein Fernschreiben, wonach gesunde, vermögende und nicht zu alte männliche Juden verhaftet werden sollten. Diese Verhaftungsmaßnahme wurde auch durchgeführt. Und während ein Teil sehr bald wieder entlassen wurde, kamen die anderen in das KZ-Lager Buchenwald. Er sah die zerstörten jüdischen Geschäfte und erfuhr, daß es im gesamten Reichsgebiet zu Zerstörungen jüdischen Eigentums und Niederbrennen von Synagogen kam. Er machte für die als einheitlich erkannte Aktion in Dresden die SA verantwortlich. Von der Staatspolizeistelle Plauen wurden die im Regierungsbezirk Zwickau Anfang des Krieges noch ansässigen 253 Juden kartellmäßig erfaßt. Entgegen der Behauptung des Angeklagten, daß diese Juden keiner Kontrolle unterlagen, ging das Gericht unbedenklich davon aus, daß es vornehmste Aufgabe der Judenreferate war, diese Juden zu beobachten. Ihm war weiter bekannt, daß die Juden während des Krieges besondere Lebensmittelkarten erhielten und von der Zuteilung von Sonderzuwendungen ausgeschlossen wurden. Er sah wiederholt in der Öffentlichkeit die mit dem Davidstern gekennzeichneten Juden. Während er zunächst behauptete, diesen Kennzeichnungszwang als zwingende Sicherungsmaßnahme angesehen zu haben, erklärte er später auf Vorhalt, daß eine derartige Maßnahme in dieser Form nicht erforderlich war. Er war sich auch des diffamierenden Charakters bewußt. Er hatte auch davon Kenntnis, daß während des Krieges die Juden in gewissen Häusern zusammengelegt wurden. Von der Deportierung der Juden nach dem Osten will er jedoch erst nach dem Zusammenbruch erfahren haben. Wenn der Angeklagte auch seit Juni 1941 während seiner Tätigkeit in Amt II des RSHA nicht unmittelbar mit den gegen die Juden durchgeführten Maßnahmen in Berührung kam, so hielt der Angeklagte nach Ansicht der Kammer insoweit doch erheblich mit der Wahrheit zurück. Die Kammer geht unbedenklich von der Tatsache aus, daß dem Angeklagten bekannt war, daß die Juden nach dem Osten abgeschoben wurden und daß sie ebenso wie vor dem Kriege weiterhin lediglich wegen ihrer rassischen Zugehörigkeit

in KZ-Lager Mamen. Der Angeklagte mußte zugeben, die Einrichtung der Ghettos in Warschau und Litzmannstadt gekannt zu haben. Seiner Darstellung nach handelte/wa sich dabei um die Zusammenfassung in geschlossenen und von deutschen Einheiten bewachten Stadtvierteln der in diesen Städten bisher ansässig gewesenen jüdischen Bevölkerung. Mangels ausreichender Anhaltspunkte konnte dem Angeklagten, die Kenntnis von den Massenvernichtungen der Juden nicht nachgewiesen werden, zumgl. er seit Juni 1941 in einer Verwaltungsabteilung tätig war, die mit der Judenverfolgung nichts zu tun hatte.

Dem Angeklagten war bekannt, daß es in Deutschland seit der Machtübernahme zahlreiche KZ-Lager gab. Er kannte dem Namen nach Oranienburg, Buchenwald, Dachau, Neuengamme, Auschwitz, Mauthausen, Flossenbürg und Ravensbrück. Im März 1941 hatte er Buchenwald besichtigt. Er wußte, daß die SS-Totenkopfverbände die KZ-Lager bewachten und die Verwaltung durch das Wirtschafts- und Verwaltungssamt der SS erfolgte. Auf Grund gesetzlicher Grundlage kamen nach der Darstellung des Angeklagten "Staatsfeinde" in die KZ-Lager. Er verstand darunter Personen, die auf Grund ihrer Persönlichkeit eine Gefahr für den Nationalsozialismus darstellten. Und zwar handelte es sich im einzelnen um folgende Personengruppen; Politische Häftlinge kamen in die KZ-Lager sowohl, wenn sie eine von einem ordentlichen Gericht erkannte Strafe verbüßt hatten, als auch, wenn sie sich bisher noch gar nicht strafbar gemacht hatten und lediglich eine politische Gefahr darstellten. Er wußte von der Unterbringung in KZ-Lager bzgl. Breitscheidt und Thälmann sowie anderer politischer Funktionäre. Kriminelle Verbrecher konnten auf Grund der zahlreichen Vorstrafen ebenfalls in die KZ-Lager kommen. Und das Gleiche galt von Asozialen, d.h. Personen, die in den letzten zehn Jahren nicht über eine bestimmte Zeit gearbeitet hatten. Ferner war dem Angeklagten auch bekannt, daß Geistliche, wie z.B. Pfarrer Niemöller, und ~~Wirkliche~~ Bibelforscher in den KZ-Lagern untergebracht waren. In allen diesen Fällen erfolgte die Einweisung ohne gerichtliche Verurteilung durch Verwaltungsamt des RSHA. Damit wurde jede Rechtsgarantie genommen. Hinsichtlich der in den KZ-Lagern vorgekommenen Misshandlungen will er lediglich derartige Vorfälle über das KZ-Lager Hohnstein vor dem Kriege erfahren haben. Im Kriege sei ihm nichts bekannt geworden. Auch insoweit wardas Gericht

der Überzeugung, daß der Angeklagte zum mindesten gewußt hat, daß derartige Ausschreitungen mit der Möglichkeit gerechnet hat, daß derartige Ausschreitungen auch während des Krieges erfolgten.

Unwiderlegt behauptete der Angeklagte, daß er die von dem Zeugen Schmidt wiedergegebene Äußerung, daß er, der Angeklagte, ihn, den Schmidt, ~~zu~~ innerhalb einer Stunde vom Leben zum Tode befördern könne, nicht getan hat. Bei der Dienststelle war noch ein Dr. Kausmann tätig. Es besteht also durchaus die Möglichkeit einer Verwechslung, zumal der Angeklagte bei der Staatspolizeileitstelle Dresden keine Vernehmungen durchzuführen hatte. Er bestritt auch unwiderlegt, mit den Judenverhaftungen im November 1938 nichts zu tun gehabt zu haben. Es sei wohl möglich gewesen, daß er über den Hof der Dienststelle, auf dem sich die verhafteten ~~zahl~~ Juden befanden, gegangen sei. Dadurch könnte der Eindruck seiner Beteiligung entstanden sein.

Dem Angeklagten war bekannt, daß gegen Häftlinge die verschärfte Vernehmung zur Anwendung gebracht werden konnte. Er ~~erhielt~~ <sup>hoffentlich</sup> eine derartige Maßnahme zur Erzwingung von ~~Geldstrafen~~ <sup>Befreiungen</sup>, nicht aber zur Erpressung von Selbstbelastungen für erforderlich.

Die den in Deutschland zum Einsatz gekommenen Fremdarbeitern auferlegten Beschränkungen kannte er. Darüber hinaus war ihm bekannt, daß die Fremdarbeiter bei strafbaren Handlungen der ordentlichen Gerichtsbarkeit entzogen wurden. Es wurden in diesen Fällen von der Gestapo Maßnahmen gegen sie angeordnet und durchgeführt. So wurden insbesondere Arbeitsbummelanten in Arbeitserziehungslager gebracht. Und schließlich erfuhren polnische Fremdarbeiter, die sich mit deutschen Frauen und Mädchen geschlechtlich eingelassen hatten, eine Sonderbehandlung, d.h. sie wurden ohne Gerichtsurteil aufgehängt.

Während der Angeklagte das Bestehen und die Zusammensetzung der Einsatzkommandos kannte, will er nicht gewusst haben, in welcher Weise diese Einsatzkommandos sich an dem Blut der eingeborenen Bevölkerung vergangen hätten. Ebenso bestritt er die Kenntnis von Befehlen für die Waffen-SS, russische Kriegsgefangene sofort zu liquidieren.

Der Angeklagte fällt als Angehöriger der Gestapo und als ~~Stabs~~ <sup>Stabs</sup> ~~führer~~ <sup>führer</sup> der Allgemeinen SS unter den vom Nürnberger Urteil erfaßten Personalkreis. Nicht nur als Leiter der Dienststelle Plauen sondern auch als Leiter der Rechtsabteilung in ~~der~~

II des RSMA erledigte der Angeklagte Gestapoaufgaben. Und wenn auch die Art und Weise der Aufnahme in die Allgemeine SS insofern von dem Regelfall abwich, als der Angeklagte sich nicht darum beworben hatte, <sup>sondern</sup> und <sup>vielmehr</sup> aufgefordert wurde, entsprechende Schritte zu unternehmen, so ändert es doch nichts an der Tatsache der Freiwilligkeit des Eintritts und der echten Mitgliedschaft.

Der Kennzeichnungszwang der Juden, als Verfolgungsmaßnahme aus rassistischen Gesichtspunkten, ihre Verbringung aus den bisherigen Heimstätten in Ghettos und KZ-Lager, das System der KZ-Lager - die Verbringung von dem Nationalsozialismus aus rassistischen, politischen und religiösen Gründen mißliebigen Personen durch die Gestapo unter Ausschaltung der ordentlichen Gerichte sowie die Mißhandlung der Häftlinge -, die verschärfte Vernehmung und das Entziehen der Fremdarbeiter der ordentlichen Gerichtsbarkeit sowie die Sonderbehandlung der polnischen Fremdarbeiter stellen Verbrechen gegen die Menschlichkeit dar, <sup>an</sup> deren Durchführung die Gestapo maßgeblichen Anteil hatte. Denn ja die Gestapo war ja gerade die Einrichtung, die die Judenverfolgung organisierte und durchführte, für die Einweisung der KZ-Lager verantwortlich war und die Fremdarbeiter in der geschilderten Weise überwachte. Der organisationsmäßige Einsatz der SS ergibt sich aus der Bewachung der KZ-Lager. Da nach der Ueberzeugung des Gerichts der Angeklagte Kenntnis von der Einweisung politischer, religiöser und rassistischer - insbesondere auch Juden lediglich ihrer rassistischen Zugehörigkeit wegen - Häftlinge hatte, ist in <sup>vorliegenden</sup> ~~vorliegenden~~ Falle die Beteiligung der SS hinsichtlich der Judenverfolgung und des Systems der KZ-Lager gegeben. Der Kenntlichmachungszwang ist jedoch der SS nicht zur Last zu legen und hinsichtlich der Deportierung nach dem Osten konnte dem Angeklagten das Bewusstsein der organisationsmäßigen Beteiligung <sup>auf</sup> nicht nachgewiesen werden. Das Gleiche gilt von den Maßnahmen gegenüber den Fremdarbeitern.

Der Angeklagte hatte auch das Unrecht der festgestellten Maßnahmen erkannt.

Hinsichtlich der weiteren der SS und der Gestapo zur Last gelegten Verbrechen gegen die Menschlichkeit konnte in Übereinstimmung mit dem öffentlichen Ankläger eine den Angeklagten belastende und seine Verurteilung rechtfertigende Feststellung nicht getroffen werden.

Somit steht fest, daß der Angeklagte, obschon er die festgestellten Maßnahmen als Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Sinne des Art. VI des Statuts des Internationalen Militärgerichtshofes erkannt hatte und wußte, daß an der <sup>mit</sup> Begehung die Gestapo und die SS maßgeblich beteiligt waren, nach dem 1.9.1939 freiwillig in der Gestapo verblieben und im Sommer 1940 in die Allgemeine SS eingetreten ist und somit an verantwortlicher Stelle das verbrecherische Potential dieser Organisation <sup>best</sup> gefördert. Er hat sich daher gemäß Kontrollratsgesetz Nr. 10 Art. II 1 d in Verbindung mit dem Nürnberger Urteil schuldig gemacht und war daher entsprechend zu bestrafen.

Bei der Strafzumessung war zu berücksichtigen, daß der Angeklagte erhebliche Kenntnis von dem verbrecherischen Charakter seiner Organisation gehabt hat. Er war auch als Leiter der Staatspolizeistelle Plauen an exponierter Stelle tätig. Andererseits war der Angeklagte nicht auf sein Betreiben zur SS gekommen und hatte keinen aktiven Beitrag geleistet. Irgendwelche persönlichen unehrenhaften Handlungen konnten dem Angeklagten nicht nachgewiesen werden. Im Gegenteil war davon auszugehen, daß er der Zeugin Hammer zur Freilassung aus der Haft verhalf, obgleich dieser Fall garnicht zu seiner Zuständigkeit gehörte, und daß er bemüht war, Dr. Spangenberg und Dr. Müller wegen ihrer jüdischen Ehefrauen behilflich zu sein und entsprechende Schritte in Berlin unternahm. Abgesehen von der Überzeugung, daß der Angeklagte zum Teil mit der Wahrheit zurückhielt, machte er einen persönlich guten Eindruck. Es war ihm zu glauben, daß er nicht als ein politischer Aktivist und Denunziant aufgetreten ist. Die erkannte Strafe erschien daher angemessen und ausreichend. Es wurden dabei für die Zugehörigkeit zur Gestapo 1 Jahr Gefängnis und für die Zugehörigkeit zur SS 3 Monate Gefängnis ausgeworfen, die gemäß § 74 StGB. zu einer Gesamtstrafe <sup>von 1 Jahr und 3 Monaten</sup> zusammengezogen wurden.

Mit Rücksicht auf die 3jährige Internierungshaft erschien es billig, diese dem Angeklagten in vollem Umfange anzurechnen, zumal nach der Überzeugung des Gerichts der Strafwirk bereits erreicht ist.

Die Kostenentscheidung beruht auf : 465 StPO.

*M. Müller*  
*14/10.48*

38

F r a g e b o g e n

Betr.: Vorermittlungen gegen ehemalige Angehörige des RSHA  
wegen Mordes (NSG)  
(GSStA b. d. KG Berlin - 1 AR 123/63 - )

Auf Ersuchen des Generalstaatsanwaltes bei dem Kammergericht in Berlin ist der auf Bl. 1 d. A. Genannte nach kurzer Schilderung seines persönlichen Lebenslaufes noch über nachstehende Fragen hinsichtlich seines Werdegangs, seiner Tätigkeiten im RSHA und der ehemaligen Vorgesetzten zu vernehmen:

1. Wann ist der Zeuge beim RSHA eingetreten?
2. Bei welcher Dienststelle (Amt/Referat) erfolgte der Eintritt?
3. Welchen Dienstgrad hatte er zur Zeit des Eintritts beim RSHA ?
4. Ist der Zeuge während seiner Zugehörigkeit zum RSHA zu anderen Dienststellen (Ämter/Referate) versetzt worden ?  
(Wenn ja, wann ?)
5. Wie lautete die Bezeichnung der neuen Dienststelle, zu der der Zeuge versetzt worden ist?
6. Wann wurde der Zeuge während seiner RSHA-Zugehörigkeit befördert?
7. Welchen Dienstgrad hatte er in den einzelnen Dienststellen (Ämter/Referate)?
8. Welche Tätigkeiten hatte er in den von ihm genannten Dienststellen (Ämter/Referate) auszuführen?
9. Wer waren seine damaligen Vorgesetzten (hier ist anzugeben: Dienstgrad, Zuname, Vorname, Geburtstag und -ort, jetzige Wohnanschrift oder Verbleib) ?
10. Welche Aufgaben hatten die Vorgesetzten wahrzunehmen?
11. Bestehen noch heute Verbindungen zu chem. Kameraden?
12. Sind Anschriften chem. Kameraden bekannt?
13. Ist der Zeuge in einem anderen Verfahren (Spruchkammer/ Ermittlungsverfahren) als Beschuldigter oder Zeuge verurteilt worden ?  
(Wann, bzw wo war das Verfahren anhängig, in welcher Sache, Az., Ausgang des Verfahrens).
14. Sind Angehörige des Zeugen durch eine damalige Dienstverpflichtung zum RSHA gekommen ?  
(z. B. Ehefrau oder Verlobte wurde im Kriege dienstverpflichtet und ging als Schreibkraft zum RSHA )

Der Polizeipräsident in Berlin  
I 1 - KI 2 -

1671/65

1 Berlin 42, den  
Tempelhofer Damm 1-7  
Tel.: 66 00 17

6. 4. 1965

App. 2571

39

1. Tgb. vermerken :

7. APR. 1965

2. UR mit 1 Personalheft und 1 Beirakte

dem

Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen

- Dezernat 15 -

z. H. von Herrn KOK S c h a f f r a t h  
o.V.i.A.-

4 D ü s s e l d o r f 1

Jürgensplatz 5-7

unter Bezugnahme auf mein Schreiben vom 5.8.1964 mit der  
Bitte übersandt, die Vernehmung des Bl. 1 d. A. Ge-  
nannten zu veranlassen. (gem. Fragebogen Bl. 28 d. A. )

Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen
- Dezernat 15 -
Eingang: 12.4.1965
Tgb. Nr.: zu 6085
Sachbearbeiter: Franjoet

an Wipps Dortmund

ma

Im Auftrage :

*[Signature]*

# LANDESKRIMINALAMT

NORDRHEIN-WESTFALEN  
- Dezernat 15 -

Az.: Tgb.-Nr.: 6085/64 -G-

4 DÜSSELDORF 1, DEN  
JÜRGENSPLATZ 5-7  
FERNRUF 5.-NR. 84841  
NEBENSTELLE  
POSTFACH 5009

7. Juli 1965

40

/ Urschriftlich nebst Anl. 1 Pers.Akte (43 Bl.) u. 1 Spruchgerichtsakte der StA Bielefeld Sp 18 272/48 = (Sp 3 3218/48) dem Polizeipräsidenten  
- Abt. KI 2 -  
z. Hd. v. Herrn KHK Geisler oVIA

8.  
7.

Der Polizeipräsident in Berlin  
- A  
8. JULI 1965  
Anlagen: KJ 2/6  
Briefmarken: KJ 2/6

1 in Berlin 42

zurückgesandt. Die Niederschrift der Aussage des Dr. Heinz Kaufmann ist beigeheftet.

Im Auftrage:

*Schaffrath*  
(Schaffrath)

I-A-KJ 2

Eingang: 8. JULI 1965  
Tgb. Nr.: 2016/65  
Krim. Kom.: 6  
Sachbearb.: Ki Becker ? 8/7

- 14.K. -

Dortmund, den 25. Juni 1965

41357/65

Auf Vorladung erscheint der

Angestellte Dr, Heinz Kaufmann,  
geb. 30.12.1905 in Leipzig,  
wohnhaft in Dortmund,  
Am Knappenberg 114,

und macht folgende Angaben:

Mit mir wurde soeben der Gegenstand meiner heutigen Vernehmung mündlich erörtert.

Ich bin darüber belehrt worden, daß ich die Auskunft über solche Fragen verweigern kann, durch deren Beantwortung ich mich selbst oder einen Angehörigen der Gefahr der strafrechtlichen Verfolgung aussetzen würde. Ich verzichte auf dieses Recht und bin bereit zur Sache und Person auszusagen.

*Dr. Heinz Kaufmann*  
.....  
(Dr. Heinz Kaufmann)

Am 30.12.1905 wurde ich in Leipzig als dritter Sohn des Kaufmannes Otto Kaufmann geboren. In meinem dritten oder vierten Lebensjahr verzogen meine Eltern nach Chemnitz und ich besuchte dort vom 1912 - 1916 die Volksschule und anschließend das Humanistische Gymnasium. Ostern 1925 legte ich in Chemnitz die Reifeprüfung ab und studierte danach in München, Rostock und Leipzig die Rechtswissenschaften. An der Universität in Leipzig legte ich am 11.6.1928 die 1. Juristische Staatsprüfung ab. Vom Sommer 1928 bis Okt. 1931 war ich dann als Referendar bei verschiedenen Amtsgerichten in Sachsen tätig.

Am 5.12.1931 bestand ich in Dresden meine 2. Juristische Staatsprüfung. Danach bewarb ich mich für den Dienst in der Sächsischen Inneren Verwaltung. Hier war ich bis zum 30.9.1935 tätig.

Am 1.10.1935 wurde ich entgegen meiner eigentlichen Absicht zum Geheimen Staatspolizeiamt Sachsen in Dresden abgeordnet. Ich wurde dort Referent für allgemeine Personal- und Verwaltungsangelegenheiten. Meine Ernennung zum Regierungsrat im sächsischen Verwaltungsdienst erfolgte am 1.4.1936.

Nachdem im Jahre 1937 die gesamte Geheime Staatspolizei im Reiche zu einer Angelegenheit des Reiches geworden war, erhielt ich etwa Mitte dieses Jahres die Mitteilung, daß ich mit Wirkung vom 1.4.1937 Reichsbeamter geworden war und der Staatspolizeileitstelle Dresden zugeteilt werde. Diese Behörde war aus dem Geheimen Staatspolizeiamt Sachsen und der politischen Abteilung des Polizeipräsidiums Dresden hervorgegangen.

Am 1.11.1939 wurde ich an die Staatspolizeistelle Plauen versetzt und mit der Leitung dieser Dienststelle beauftragt. Nach Auflösung dieser Staatspolizeistelle wurde ich am 1.7.1941 an das Hauptamt Sicherheitspolizei in Berlin versetzt.

Beim Hauptamt Sicherheitspolizei in Berlin war ich im Amt II (Organisation u. Verwaltung) bis zum Zusammenbruch 1945 tätig. Ich war zunächst Leiter des Referates II A 3. Später wurde dieses Referat dann in II B 4 umbenannt.

Bei meiner Versetzung nach Berlin hatte ich den Dienstgrad eines Regierungsrates.

Während meiner dienstlichen Tätigkeit in Berlin bin ich dort niemals zu anderen Dienststellen versetzt worden.

Am 9.10.1942 erfolgte in Berlin meine Beförderung zum Oberregierungsrat.

Meine Tätigkeit in dem genannten Referat bestand in der Abwicklung von Schadensersatzansprüchen Dritter aus Schäden, die diese im Zusammenhang mit dem Dienstbetrieb der Sicherheitspolizei erlitten hatten. In der Hauptsache waren es Schäden aus Verkehrsunfällen. Darüberhinaus mußte ich Angehörige der Sicherheitspolizei zum Ausgleich von Schäden veranlassen, die diese schuldhaft dem Reich zugefügt hatten (Verlust von Ausrüstungsgegenständen u.a.)

Am 1.7.1941 war der Abteilungsleiter für die Abt. II A der Oberreg.-Rat. Dr. B i l f i n g e r.

✓

Die weiteren personalian dieses Vorgesetzten sind mir nicht bekannt.

Soweit ich mich entsinne, ist Dr. B i l f i n g e r später nach einer Dienststelle nach Südfrankreich abgeordnet worden. Ich nehme an, daß er mit dem Verwaltungsgerichtsrat Dr. B i l f i n g e r identisch ist, über den kürzlich in der Presse berichtet wurde.

Ich bin heute nicht mehr sicher, ob nach Weggang des Dr. B i l f i n g e r dessen Stelle in Berlin überhaupt noch besetzt worden ist. Wenn das der Fall gewesen ist, so kann ich mich an die Person dieses Nachfolgers heute nicht mehr erinnern. Ich habe mit diesem Nachfolger auch keinen dienstlichen oder privaten Kontakt gehabt.

Chef des Amtes II war am 1.7.1941 der Ministerialrat Dr. S i e g e r t.

✓

Dr. S i e g e r t schied meines Wissens 1943 aus dem Dienst der Sicherheitspolizei aus. Wie ich gehört habe, ist Dr. S i e g e r t gegen Ende des Krieges in Berlin gefallen.

Nach Dr. S i e g e r t waren noch etwa 2 oder 3 Nachfolger als Amtschef in Berlin tätig. Ich erinnere mich namentlich jedoch nur an einen gewissen Herrn P r i e t z e l.

✓

Die näheren Personalien des P r i e t z e l sind mir nicht bekannt geworden. Ich kann auch keine Angaben über dessen Schicksal machen.

Die von mir namhaft gemachten Dienstvorgesetzten waren Leiter des Amtes bzw. der Abteilung. Über deren Aufgaben kann ich im einzelnen keine Angaben machen.

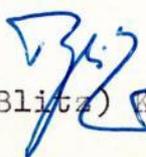
Ich habe zu meinen ehemaligen Mitarbeitern oder Dienstvorgesetzten schon s.Zt., als ich noch in Berlin tätig war, keine privaten Verbindungen unterhalten. Ich stehe heute mit keinem ehemaligen Angehörigen des RSHA in Verbindung.

Einer meiner beiden Sachbearbeiter, der schon vor dem 1.7.1941 in dem von mir geleiteten Referat tätig war und der auch Angehöriger dieses Referates bis zum 8.5.1945 geblieben war, hatte mir vor einigen Jahren aus Süddeutschland geschrieben. Seine Anschrift ist mir nicht mehr erinnerlich.

Ich war Angeklagter in einem Spruchgerichtsverfahren vor dem Spruchgericht Hiddesen im Jahre 1947/48. Wegen Zugehörigkeit zu einer für verbrecherisch erklärten Organisation wurde ich zu einer Gefängnisstrafe von 1 Jahr und 2 Monaten am 13.10.1948 verurteilt. (Az. 3 Sp Ls 272/48)

Vor zwei oder drei Jahren wurde ich auf dem Amtsgericht Soest als Zeuge gegen den ehemaligen SS-Obergruppenführer Wihlem K o p p e vernommen. Das Aktenzeichen dieses Verfahrens ist mir nicht bekannt.

Angehörige meiner Familie sind zu keiner Zeit beim RSHA tätig gewesen.

Geschlossen:  
  
(Blitz) KOM.

*selbst*..... gelesen, genehmigt  
und unterschrieben:  
  
.....  
(Dr. Heinz Kaufmann)

11/17/78

The first of the three...

...the second of the three...

...the third of the three...

...the fourth of the three...

...the fifth of the three...

...the sixth of the three...

...the seventh of the three...

...the eighth of the three...

...the ninth of the three...

...the tenth of the three...

...the eleventh of the three...

Handwritten signature and date: 8/7/78

Der Polizeipräsident in Berlin  
I 1 - KJ 2 - 1671/68 - N -

45  
7.1965  
1 Berlin 42, den  
Tempelhofer Damm 1-7  
Tel.: 66 0017 App. 25 71

1. Tgb. austragen:

13. JULI 1965

2. Urschriftlich mit Personalheft und 7 Beiakte  
dem

Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht  
z.H. von Herrn ESTa Severin  
-o.V.i.A. -

1 Berlin 21  
Turmstr. 91

nach Erledigung des Ersuchens - Bl. 28 d.A. -  
zurückgesandt.

In Auftrage

*Lothar*

Ma

